

Mit Bildung aus der Krise

Autor(en): **Kamber, Markus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse**

Band (Jahr): **66 (1993)**

Heft [4]

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-852214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

dungszeit beklagt, was sich bisweilen in Warteschlangen und entsprechenden Diskussionen um den Numerus Clausus äussere. Auch im Jahresbericht des VSP 1992 ist nachzulesen, die Verbandsvision bestehe darin, dass jedem Einwohner unseres Landes eine gewisse Anzahl Ausbildungsgutscheine zur Verfügung stehen sollte, die nach Wunsch an öffentlichen oder privaten Schulen eingelöst werden könnten. Der so zustande kommende Wettbewerb unter den Schulen lasse endlich die Qualität ihres Angebots stärker hervortreten. Gemeinsam mit den vielen positiven Privatisierungssignalen darf ebenfalls mit Genugtuung registriert werden, dass eine durch den VSP durchgeführte Umfrage die Privatschulen und den VSP im Aufwind zeigt. Von den 80000 Privatschülern, die ganztags eine Schule besuchten, absolvierten drei Viertel ihre Ausbildung an einer VSP-Schule. Der Anteil der Privatschüler sei gemessen an der Gesamtzahl der Schüler ebenfalls zunehmend.

Doch selbst so viele günstige Vorzeichen vermögen in Bezug auf die Realisierungschancen nicht recht optimistisch zu stimmen. Zu schwer lastet Pestalozzis Erbe auf der Erfindung der staatlichen Schule durch die Liberalen. Und die Linke braucht nur auf das scheinbar kostenfreie Bildungsangebot zuzuladen. Verhängnisvolle Koalition wird solches Gespann in anderen Politbereichen genannt.



Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Privatschulen

Mit Bildung aus der Krise

Markus Kamber

Im Zentrum der diesjährigen Generalversammlung des VSP stand das Referat von Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Bern, der die in Merligen zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer über seine parlamentarische Sicht einiger bildungspolitischer Schwergewichte orientierte.

Präsident *Henri Moser* konnte an der von ihm gewohnt locker und gewandt geführten Generalversammlung zahlreiche Mitglieder aus der ganzen Schweiz begrüssen. Er erinnerte in seinem Rückblick an die vor einem Jahr verliehenen Innovationspreise für besonders kreative Privatschulen. Diese Auszeichnungen stellten für die Privatschulen ein hervorragendes Instrument der Öffentlichkeitsarbeit dar, mit welchem anhand von Tatbeweisen demonstriert werden könne, dass sich eine Privatschule im ungleichen Konkurrenzkampf gegen die finanziell privilegierte Staatsschule nur durch Sonderleistungen in ihrem Bildungsangebot behaupten könne. Der unter den Privatschulen ausgetragene Wettbewerb um Bildungsideen werde mit einer weiteren Preisverlei-

hung im nächsten Jahr als permanenter Anreiz institutionalisiert.

Ein Sorgenkind holt auf

Erfreuliches konnte der Verbandspräsident auch von der Stiftung Schweizerischer Privatschulen berichten. Es sei der Verbandsleitung gelungen, Fr. 110000.– in Form von zinslosen Darlehen für die Aktivitäten der Stiftung zu beschaffen (Fr. 100000.– von der Association genevoise des écoles privées und Fr. 10000.– vom Verband Schweizerischer Handelsschulen). Damit habe die Stiftung per Ende 1992 das Finanzierungsziel in der Grössenordnung von Fr. 500000.– erreicht. Die Rückzahlungen der Darlehen würden nach den finanziellen Möglichkeiten der Stiftung bzw. des VSP erfolgen. Die Bedeutung dieser Stiftung liege für den VSP nicht zuletzt in der Zusammensetzung des Stiftungsrates. Mit den eidgenössischen Parlamentariern könne auf diese Weise ein regelmässiger Kontakt und das gemeinsame Erörtern bildungspolitischer Anliegen sichergestellt werden.

Maturitäten im Umbruch

Fürsprecher Markus Fischer, Sekretär des VSP, informierte über die sich stetig verbessernde Beziehung zum BIGA, die im Zusammenhang mit der Einführung der Berufsmatura sogar in der Möglichkeit von Zusammenarbeitsmodellen zwischen Staats- und

Stiftungsrat der Stiftung Schweizerischer Privatschulen

NR Jean-Pierre Bonny, Bern

François A. Clivaz, Versoix

NR Heinz Allenspach, Zürich

CN Vital Darbellay, Martigny

Alfred Zwygart, Zürich

**NR Ruth Grossenbacher, Nieder-
erlinsbach**

SR Dr. Thomas Onken, Tägerwilen

**Dr. Fred Haenssler, Bern (Präsident
Stipendienkommission)**

**Fürsprecher Markus Fischer
(Sekretär)**

Privatschulen Früchte zu tragen beginnen.

Nach Vorschlägen der Mitglieder M. Chinal und P. Grassl wurde durch den VSP eine Stellungnahme zur MAV-Revision erarbeitet, wobei das Hauptinteresse der Privatschulen darin liege, dass das Maturitätszeugnis – in welche Richtung die definitive Revision der MAV auch gehe – ein von allen kantonalen Hochschulen und den beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen anerkannter und auflagenfreier Zulassungsausweis bleibe.

Bereits auf gutem Weg seien die Reglementsarbeiten für die öffentlich rechtliche Anerkennung der Arztgehilfenschule, wobei allerdings für die Durchführung des Unterrichts in den Kantonen die Aufgabenübertragung an die Privatschulen noch nicht gelöst sei.

Qualitätssicherung in den Privatschulen

Nicht zuletzt durch die europäische Diskussion hat sich auch bei uns der Begriff der Qualitätssicherung eingebürgert. Die organisierten Privatschulen sind daran in hohem Masse interessiert, zumal ihnen dieses Instrument die Möglichkeit gibt, den Qualitätsansprüchen nicht genügende Bildungsanbieter aus dem Verband auszuschliessen bzw. sie nicht als Mitglieder aufzunehmen. Grundlage für diese Qualitätssicherung soll ein standesrechtlicher Kodex sein, den eine Arbeitsgruppe zu diskutieren und formulieren hat. Nach der erfolgreichen Durchführung von zwei Medienseminaren will der VSP seine Weiterbildungsveranstaltungen für Schulleiter in Zukunft ausbauen.

Neue Fachgruppe

Vizepräsident Bernard Theler und Hans-Ulrich Kuster konnten der Versammlung die Gründung der neuen Fachgruppe «Management-Institute» (Ecoles de management) bekanntgeben. Zum Teil waren Institute mit diesem Bildungsangebot bereits Einzelmitglieder des VSP. Durch die Schaffung einer besonderen Fachgruppe mit eigenen Statuten soll die Plattform für die Diskussion gemeinsamer Probleme, Erfahrungen und Anliegen verbessert werden.

Privatschulführer mit neuem Konzept

Das von der Verbandsleitung vorgeschlagene neue Konzept des Privatschulführers, bei welchem sich vor allem die auslandorientierten Schulen vorteilhaft präsentieren und profilieren könnten, gab Anlass zu einigen kritischen Voten, die jedoch teilweise auf Missverständnissen beruhten.

Bildungspolitischer Tour d'Horizon

Als ehemaliger Direktor des Biga und als bildungspolitisch engagierter Nationalrat beklagte Jean-Pierre Bonny in der Einleitung zu seinem Tour d'Horizon das in der Bildung zu leichtfertige Nachgeben bei Modeströmungen. Grundsätzlich gehe es darum, dass sich die ideell orientierte Komponente der Charakter- und Persönlichkeitsbildung sowie die utilitaristische Komponente der Bildung annäherten. Gerade für unser Land, das seinen Existenzkampf nur durch die Erbringung von Qualitätsarbeit bestehen könne, sei diese Annäherung von grosser Bedeutung, weil die Bildung diese Ganzheitlichkeit ermöglichen müsse. So wie Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze seien, müssten sich auch die Pole der ideell-orientierten und die utilitaristische Bildung annähern.

Mangelnde Durchlässigkeit

Der Referent kritisierte in der Berufsbildung die langen Revisionszeiten bei

Reglementsanpassungen und die ungenügende Durchlässigkeit, die nicht mehr gewährleistet sei. Die einzelnen Bildungsgefässe seien im Begriff, sich immer mehr abzusondern. Selbst wenn man Anhänger der Staatsschule sei, müsse der mangelnde Wettbewerb auf dem Bildungssektor gerügt werden. Hier jedoch Änderungen herbeizuführen sei ein langwieriger und mühsamer Prozess.

Krise der Universitäten

Jean-Pierre Bonny ortete im Hochschulbetrieb eine Krise der Universitäten, eine Aussage, die er vor allem auch als Präsident der ständigen Finanzkommission des Nationalrates mache. Die Universitätskantone seien nicht mehr in der Lage, die ihnen aufgebürdeten Finanzlasten zu tragen. Würden noch die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen zum gesamten Bildungsangebot dazugezählt, werde deutlich, dass der Fächer zu breit sei, zu wenig Spezialisierungen durchgesetzt würden und zu viele Doppelspurigkeiten beständen. Einen solchen Luxus könne sich auch unser Land nicht leisten. Angesichts der Finanzknappheit bestehe die Gefahr der Qualitätsminderung in der Hochschulbildung, was langfristig äusserst gefährliche Konsequenzen für unsere Konkurrenzfähigkeit haben könnte.

Forschung und Entwicklung

Trotz des EWR-Neins bestehe kaum

Kurzinterview am Rande der Generalversammlung mit Hans-Ulrich Kuster

Die Management-Institute haben sich zu einer neuen Fachgruppe zusammengeschlossen. Was sind ihre Hauptanliegen?

Wir haben nicht nur gemeinsame Statuten, sondern es geht darum, beispielsweise auch gemeinsame Qualitätsstandards sicherzustellen.

Auf welcher Ebene sollen diese Qualitätsstandards gelten?

Im Moment geht es um die Standardisierung der Ausbildung. Das beginnt bereits bei der Ausbildungsdauer. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Schmalspurangebote für die Ausbildung zu Betriebsökonomien. Hier müssen wir mit harmonisierten Minimalanforderungen sicherstellen, dass es sich beim Betriebsökonomien um eine dreijährige Vollausbildung handelt.

Welches sind Ihre weiteren Pläne?

Wir wollen als Fachgruppe grösser werden. Bei den Standards setzen wir uns zum Ziel, auch die Abschlüsse der Aus- und Weiterbildungsausgänge zu harmonisieren. Wir sind zudem überzeugt, dass wir dem Staat diverse Weiterbildungsangebote im militärischen und in anderen Bereichen abnehmen können, um ihn in dieser Sparte wirksam zu entlasten.

Gefahr, dass unser Land in der Forschungspolitik ins Abseits gerate. Prof. Dr. Heinrich Ursprung, Staatssekretär und Direktor der Gruppe für Wissenschaft und Forschung, sei zuversichtlich, dass im Bereich Forschung und Studentenpolitik mit den EG-Ländern Vereinbarungen zustande kämen. In der gesamten Ausbildung müsse ohnehin verstärkt nicht nur mit Europa, sondern auch mit Kanada, USA und Japan zusammengearbeitet werden. Es sei in diesem Zusammenhang auch unverständlich, dass von 3000 in 18 Ländern angebotenen Stagiaire-Ausbildungsplätzen durch Schweizerinnen und Schweizer nicht einmal 500 beansprucht würden, währenddem beispielsweise die deutschen Jugendlichen ihre Kontingente für Ausbildungsplätze in der Schweiz immer voll ausschöpften.

Chance und Herausforderung für die Privatschulen

Der Referent ging zum Abschluss seiner Ausführungen auch auf das Problem der Arbeitslosigkeit ein, wobei er das nun auch in der Schweiz beklemmende Ausmass der Jugendarbeitslosigkeit unterstrich. Er selber sei gewissermassen als Vater des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erstaunt und enttäuscht, dass 6 Mrd. Franken der Versicherungsgelder als Entschädigung ausbezahlt und lediglich marginale 100 Mio. Franken als Zukunftsinvestition in die Prävention gesteckt würden. Es sei allerdings zuzugeben,

dass im Präventionsbereich zu wenig Innovation herrsche und die öffentlichen Schulen für die Schaffung neuer Bildungsangebote überfordert seien. Jean-Pierre Bonny rief die Privatschulen auf, ein nationales Konzept «Prävention» auszuarbeiten, welches erlaube, kantonale Kurse durchzuführen und vorrangig die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Stellungnahme des VSP

Kaufmännische Berufsmaturität

Markus Fischer

Der VSP begrüsst die Einführung der kaufmännischen Berufsmaturität. Er nimmt von der vorgesehenen Revision der *HWV-Verordnung* in zustimmendem Sinn Kenntnis und erkennt die Durchlässigkeitsmöglichkeiten gegenüber der technischen Berufsmaturität bzw. der HTL-Verordnung. Zur bildungspolitischen Grundsatzfrage über *geforderte Praxisjahre* vor Studienbeginn: der VSP unterstützt die Einführung eines einjährigen betrieblichen Praxisjahres für Absolventen einer Handelsmittelschule.

Vergleichbarkeit nicht gegeben

Inhalt und Konzept der Rahmenlehrpläne müssen an diejenigen der tech-